

Frankreich:

Ein Islamist bekennt sich vor Gericht zum Foltermord an einem Juden / Ein Hetzer tourt durch die Vorstadt.

Von Danny Leder, Paris

Sie nannten ihn „den anderen“, sie traktierten ihn mit Messerstichen und brennenden Zigaretten. Sie hielten ihn – zu einem Bündel verschnürt und dadurch regungslos – bei Minusgraden in einem Keller gefangen. Über drei Wochen dauerte das Martyrium von Ilan Halimi, einem 23 jährigen Pariser Juden, der im Januar 2006 von einer Bande junger Vorstädter entführt worden war, um von „den reichen Juden“ Lösegeld zu erpressen.

Doch die geforderte Summe erwies sich als nicht rasch genug eintreibbar – Halimi war bloß Angestellter in einem kleinen Telefonladen, seine Mutter eine Alleinerzieherin von drei Kindern mit geringem Einkommen. Schließlich wurde Halimi getötet.

Seit Ende April stehen 27 Täter und Komplizen vor einem Geschworenengericht in Paris. Der Prozess, der bis Juli anberaumt ist, verdeutlicht die Bedrohung, die auf Juden in städtischen Problemzonen lastet - an der Schnittstelle zwischen brachialster Jugendkriminalität und antijüdischem Hass. Dieser wird von islamischen Fundamentalisten und ihren Verbündeten geschürt. Zu letzteren zählt der in Migrantenvierteln populäre Bühnenkünstler Dieudonné, der bei den EU-Wahlen mit einer „anti-zionistischen Liste“ antrat.

„Allah und sein Prophet haben die Juden nicht gern“, hatte der Boss der Entführer, Youssouf Fofana, in einem Verhör nach seiner Festnahme erklärt und damit auch seine Haltung für den Prozess vorgegeben. So streckte der Hauptangeklagte gleich am ersten Prozesstag, bei Eintritt in den Gerichtssaal, den Zeigefinger hoch und rief „Allah“. Als ihn die Richterin nach seinem Namen fragte, erwiderte er: „Arabs - das heißt bewaffnete afrikanische barbarische salafistische Revolte“. Auf die Frage nach seinem Geburtsdatum antwortete der 28 Jährige Fofana: „13. Februar 2006“ – das Sterbedatum von Halimi.

Am zweiten Prozesstag drohte Fofana den Geschworenen, ihre Fotos würden ins Internet gestellt und ein Kopfgeld auf sie ausgeschrieben werden – je nach Urteilsspruch. Am dritten Prozesstag verhöhnte er die Familie des Opfers: „Ihr hättet doch nur zahlen brauchen“.

Tatsächlich hat Fofana kaum mehr etwas zu verlieren: eine Verurteilung zu lebenslanger Haft scheint ihm gewiss - im Gegensatz zu den 26 Mitangeklagten, von denen einige nunmehr versuchen, sich reuig zu geben. Ihre Anwälte beteuern, sie wären von Fofana verführt worden. Fast alle klagen über *ihre* Haftbedingungen (sie mussten während eines Streiks der Gefängniswärter die Haftanstalt wechseln und konnten deswegen zwei Nächte nicht ausschlafen. Einer von ihnen, der sich seiner Verlegung in eine neue Anstalt physisch widersetzt hatte, bekam von einem Polizisten Hiebe. Alle Angeklagten beschwerten sich über schlechte Verköstigung).

Ihr Opfer, Ilan Halimi, hatte in einem Telefonladen auf dem volkstümlichen Pariser Boulevard Voltaire gearbeitet. Dort war er von einem Mädchen angesprochen und zu einem Rendez-vous gelockt worden, bei dem er von Fofana und seinen Kumpanen überwältigt wurde.

Er wurde in einem Plattenbau im Vorort Bagneux festgehalten. Mehrere seiner Bewacher misshandelten Halimi regelmäßig, weil sie „Juden nicht mochten“. Dass hinderte sie nicht daran, in der Zwischenzeit zu ihren Eltern zurückzukehren, damit diese „mit ihnen nicht schimpfen“. Einer gab zu Protokoll, er habe als gläubiger Muslim darauf geachtet, in der elterliche Wohnung die „versäumten Tagesgebete nachzuholen“.

Auch Fofana hatte sich in den letzten Jahren vor der Entführung Halimis einer demonstrativen Befolgung des Islams zugewandt. Den Anstoß zur islamischen Frömmigkeit habe er bei seinem Gefängnisaufenthalt erhalten, erklärte der wegen Raubüberfälle mehrfach vorbestrafte Fofana. In seinem Umkreis galt er als „Kaid“ (ein arabisches Wort für „Chef“, das im aktuellen französischen Sprachgebrauch den Boss einer kriminellen Jugendclique kennzeichnet). Gelegentlich ließ sich Fofana als „Usama“ oder „Mohammed“ ansprechen. Er wurde auch „der Große“ gerufen, der sich mit Einschüchterung und Brutalität Gehorsam verschaffte. Seine Mutter, die aus der Cote d’Ivoire (Elfenbeinküste) eingewandert war, und alleine sieben Kinder erzog, hielt Youssouf allerdings für einen unreifen Versager: „Er kann gar kein Kaid sein, er bekommt von mir noch Taschengeld. Das passt nicht zusammen.“

Dabei war es Fofana, der sich „die Entführung eines Juden“ ausgedacht und dafür auch eine ideologische Begründung geliefert hatte. „Seiner (Fofanas) Ansicht nach, fressen die Juden das Geld des Staates, während er, als Schwarzer,

vom Staat als Sklave betrachtet wird“, gab das iranisch-stämmige Mädchen zu Protokoll, dass in Fofanas Auftrag Halimi in die tödliche Falle gelockt hatte.

Seine Bande hatte bereits versucht mehrere andere Juden zu kidnappen, war aber stets gescheitert, bevor sie Halimi habhaft werden konnte. Den Telefonladen, in dem Halimi als Angestellter arbeitete, hatten sie als „jüdisch“ ausgekundschaftet, weil er Samstag (wegen der Schabat-Ruhe) sperrte.

Der Familie Halimis ließ Fofana eine Lösegeldforderung in der Höhe von 450.000 Euro zukommen. Die Mutter von Ilan Halimi, ebenfalls eine Alleinerzieherin von drei Kindern und Angestellte mit kleinem Einkommen, konnte diese Summe aber nicht schnell genug aufreiben. Fofana war freilich der Überzeugung, dass „die Juden reich sind, und einer verschworenen Gemeinschaft angehören, die bereit ist zu zahlen“. Daher wandte er sich mit seiner Lösegeldforderung auch an einen x-beliebigen Rabbiner.

Es war auch Fofana, der nach Scheitern der Lösegeldverhandlungen Halimi erstach, mit Benzin übergoss und anzündete. Danach flüchtete er in die Elfenbeinküste. Dort unternahm er allerdings keine Anstalten, um sich zu verstecken, sondern gab in einem Restaurant, im Beisein seiner Freundin, einem französischen TV-Team ein Interview: darin bekannte er sich zur Entführung Halimis. Gegenüber der Öffentlichkeit und den Behörden der Elfenbeinküste präsentierte sich Fofana als eine Art Widerstandskämpfer der Schwarzen in Frankreich gegen den Rassismus der Weißen. Auf Druck der französischen Regierung wurde er festgenommen und an Frankreich ausgeliefert.

Während der Vorbereitung des Prozesses engagierte Fofana der Reihe nach nicht weniger als 30 Anwälte, die er gleich darauf wieder entließ, vielfach begleitet von beleidigenden Schreiben. Dabei delirierte er fast immer über die angebliche „Zugehörigkeit zum Judentum“ seiner Anwälte und der U-Richterin.

Und auch noch zwei Wochen nach Prozessbeginn verwarf Fofana abermals eine Anwältin, weil er sie verdächtigte „eine Jüdin“ zu sein. Das ist insofern bemerkenswert, als diese Anwältin, Isabelle Coutant-Peyre, ihrerseits durch ebenso wirre wie fanatische, anti-amerikanische und anti-israelische Erklärungen aufgefallen war. Sie hatte sich in der Vergangenheit den extremsten Israel-Hassern aus der Terrorszene angedient, darunter dem Venezolaner Ilich Ramirez Sanchez, genannt „Carlos“. Ursprünglich berief sich Carlos vage auf den Marxismus-Leninismus und betätigte sich als Terrorsöldner im Dienste verschiedener arabischer Untergrundgruppen und Regime. In Frankreich zu lebenslanger Haft verurteilt, konvertierte er zum Islam - aus Faszination für Al Kaida und voll von Verachtung für die, seiner Meinung nach „Verweichlichung

und Entmannung des Westens“. Coutant-Peyre stand „Carlos“ nicht nur als Anwältin bei, sondern sie heiratete ihn auch.

An dem Tag, an dem Fofana auch diese Anwältin entließ, erklärte er obendrein dem Gericht, dass er seine jungen Komplizen aus der Siedlung nie geschätzt, sondern stets als „Instrumente“ betrachtet habe.

Die de facto Vertreibung der Juden aus Vororten

Es wäre aber verfehlt, die Tat auf Fofanas krankhafte Persönlichkeit und die Naivität einiger seiner Komplizen zu reduzieren. Schon seit Jahren häufen sich in Frankreichs städtischen Randvierteln Übergriffe gegen Juden, die Täter sind überwiegend Jugendliche aus moslemischen Einwandererfamilien. Dabei vermischen sich, wie bei Fofana und seiner Truppe, psychische Labilität, soziale Verwahrlosung, brachiale Jugendkriminalität, radikal-islamische Propaganda und antijüdischer Hass. Juden sind zwar bei weitem nicht die einzigen Opfer der Jugendgewalt, sie sind aber besonders gefährdet, auch wenn Frankreichs Politiker und Behörden auf antijüdische Taten meistens rasch und scharf reagieren.

In Frankreich leben sowohl die meisten Juden Europas (rund 600.000) als auch die meisten Moslems (etwa fünf Millionen). Die Mehrheit beider konfessionellen Gruppen stammt familiengeschichtlich aus Frankreichs Ex-Kolonien in Nordafrika, Angehörige beider Gruppen wohnen oft noch Tür an Tür in Migrantenvierteln. Aber die phasenweise anschwellenden Gewaltakte und die dauerhafte Anmache haben zum Auszug vieler Juden aus den unruhigsten Vorstädten nördlich von Paris geführt.

Die Anfeindungen sind diesen Juden teilweise sogar bis nach Paris gefolgt, und zwar in die volkstümlichen nordöstlichen Bezirke, wo sich heute jüdische Familien in besonderem Ausmaß konzentrieren. Dort kam es in den letzten Jahren ebenfalls zu Attacken von Jugendlichen aus nord- und schwarzafrikanischen Familien auf Juden, gelegentlich konnten sich jüdische Jugendliche zur Wehr setzen.

Beim Spiel im Schulhof muss sich der Verlierer dafür entschuldigen, Jude zu sein

Mit welcher Selbstverständlichkeit die Stigmatisierung der Juden in den städtischen Problemzonen gehandhabt wird, wurde am Rande einer Kampagne gegen Vorurteile der Bewegung „SOS-Rassismus“ wieder deutlich. Aktivisten dieser Bewegung veranstalten gemeinsam mit Vertretern der „Union jüdischer Studenten Frankreichs“ in Schulklassen im Pariser Nordosten Diskussionen und

Rollenspiele unter dem Titel: „Coexist“. Eine Journalistin des „*Le Monde*“ begleitete die Aktivisten ins Collège (Unterstufen-Gesamtschule) Henri Bergson (so benannt nach einem Philosophen und Literaturnobelpreisträger von 1922, der aus einer polnisch-jüdischen Familie stammte.) Dabei erfuhr die Journalistin von einer Lehrerin, dass im Schulhof ein Katz-und-Maus-Spiel Anklang gefunden hatte, das die Kinder ‚Chat-Feuj‘ (Katze-Jude) nannten. Berührte die ‚Katze‘ einen Schüler, musste dieser niederknien und sich dafür entschuldigen, ein Jude zu sein. Das Spiel wurde schließlich verboten.

Im Bagneux, dem Ort der Entführung, hatte zwar die linke Rathausmehrheit Trauerkundgebungen für Halimi organisiert, an der Persönlichkeiten und Jugendliche aus den diversen Einwanderergruppen und darunter auch moslemische Würdenträger teilnahmen. Jüngere Teilnehmer missbilligten aber im Einzelgespräch, was sie als eine „unbegründete Hervorhebung des Antisemitismus“ empfanden. Diese Tendenz prägte generell den anfänglichen Umgang der Polizei- und Justizbehörden und eines Teils der französischen Öffentlichkeit mit diesem Fall: die Entführung und Ermordung von Halimi wäre eine rein kriminelle Angelegenheit. Die jugendlichen Täter wären zu „dumm und ungebildet“, um als Anhänger einer (antijüdischen) Ideologie eingestuft zu werden, versicherten Polizei- und Justizsprecher.

Die Mutter von Ilan, Ruth Halimi, antwortete wiederholt auf diese Sichtweise. Zuletzt in einem gemeinsam mit der Journalistin Emilie Frèche verfassten Buch („24 Jours“, *Editions du Seuil*): „Demnach können sie (die Entführer) keine Antisemiten sein, weil sie sich ‚gedanklich auf dem Niveau Null‘ befinden würden, wie der Staatsanwalt erklärt hatte. So als hätte die SS nur unter ‚kultivierten‘ Menschen rekrutiert und nicht unter kriminellem Abschaum. Aber der Hass gegen Juden war wohl nie eine Frage der Intelligenz“. Fofana hatte seine telefonischen Lösegeldforderungen an die „jüdische Gemeinschaft“ gerichtet, und dabei Passagen aus dem Koran vorgesungen. „Wie kann man sich der Einsicht verweigern, dass islamistische TV-Satelittensender, aus denen sich antisemitischer Hass ergießt, die jungen Entführer beeinflusst haben?“ fragt Ruth Halimi in ihrem Buch.

In den Verhören der Entführer und den Bekenntnissen von Fofana trat der spezifische Judenhass als „Zement dieser Gruppe“ (so der Soziologe Didier Lapeyronnie) aber derartig in Erscheinung, dass auch die Staatsanwaltschaft schließlich nicht umhin kam, in der Anklage von „vorsätzlichem Mord wegen der tatsächlichen oder vermeintlichen Zugehörigkeit des Opfers zur einer bestimmten Religion“ zu sprechen – ein erschwerender Tatbestand.

In der Siedlung, in der Halimi 24 Tage festgehalten wurde, und wo der Kreis der Personen, die über ein vages Mitwissen verfügten, ziemlich breit gewesen

sein dürfte, stößt man heute oft auf das übliche larmoyante Selbstmitleid : man sei „wegen der Medien“ in Verruf geraten und würde noch immer unter diesem „Imageschaden“ leiden, klagen Einwohner, die meistens das Gespräch verweigern.

Dahinter steckt freilich auch die anhaltende Angst vor gewaltbereiten Jugendklickern. Bei Halbwüchsigen und Jugendlichen vor Ort genießt Fofana eine ungebrochene Aura der Bewunderung. In einer Reportage des TV-Senders „France 24“ kam der Leiter eines nahen Jugendzentrums zu Wort. Sichtlich erschüttert berichtete der Mann vor laufender Kamera, wie der Bandleader einer Rapgruppe mit einem Song auftretenden wollte, der den Satz enthielt: „Wir schaffen dich in einen Keller und wir besorgen es dir in der Art von Youssouf“. Er habe, so der Zentrumsleiter, in einem ausführlichen Gespräch dem Raper versucht zu erklären, weshalb er mit diesem Song nicht auftreten könne: „Aber ehrlich gesagt, der ist nach einer Stunde mit genau der selben Haltung, mit der er erschienen war, wieder weggegangen“.

Brandgefährliche Kampagne des „Anti-Zionisten“ Dieudonné mit besten Wünschen des Rechtsaußen-Tribuns Le Pen

Zeitgleich zum Prozess um die Ermordung Halimis ist ein berüchtigter antijüdischer Hetzer wieder in den öffentlichen Vordergrund gerückt. Der Komiker Dieudonné Mbala Mbala inszenierte mit einer „anti-zionistischen Liste“ bei den EU-Wahlen in der Region Ile de France (der Großraum um Paris) eine brandgefährliche Kampagne.

Der Sohn eines Kameruner und einer Französin ist in den letzten Jahren zum Sprachrohr des antijüdischen Ressentiments in den Migrantenvierteln geworden. Einst eroberte der einfallsreiche und vielfältig begabte Bühnenkünstler im Duo mit einem jüdischen Komiker, Elie Semoun, ein breites Publikum. In ihren Sketschen nahmen sie alles und jedermann auf die Schaukel. Doch dann trennten sich die beiden, und „Dieudonné“ (so sein Bühnename) ätzte fast nur mehr über „die Zionisten“. In Interviews wurde er explizit: die Juden seien „Nachfahren von Sklavenhändlern“, die Beschäftigung mit dem Holocaust sei „Erinnerungs-Pornographie“. Die „jüdische Lobby“ würde „die Schwarzen hassen, weil sie das Leiden verkörpern, das die Juden als ihr Geschäft beanspruchen. Jetzt genügt es, den Hemdsärmel hoch zu krepeln, um seine (KZ-) Nummer herzuzeigen, und schon hat man Anrecht auf Anerkennung.“

Das war besonders infam, zumal die Bewegungen gegen anti-schwarzen und anti-arabischen Rassismus vielfach von jüdischen Aktivisten getragen wurden. Aber mit diesen Sprüchen lieferte Dieudonné perspektivlosen Jugendlichen in Vorstädten einen Sündenbock für ihre schwierige Lage – noch dazu einen

Sündenbock, an dem man sich leichter vergreifen konnte als an der französischen Mehrheitsgesellschaft.

Inzwischen ging Dieudonné mit dem Rechtsaußen-Tribun Jean-Marie Le Pen mehrmals öffentlich und privat auf Tuchfühlung. Er ließ bei seinen Inszenierungen Frankreichs prominentesten Holocaust-Leugner, den pensionierten und mehrfach verurteilten Literaturprofessor Robert Faurisson, auftreten. Faurisson konnte bei dieser Gelegenheit zwar seine geschichtsrevisionistischen Spinnereien nicht vortragen, er bekam aber von einem Mitarbeiter von Dieudonné, der sich auf der Bühne in der Kluft eines KZ-Häftlings präsentierte, einen „Preis der Ausgrenzung“ verliehen. Anschließend umarmten sich Dieudonné und Faurisson.

Immerhin geschah dies vor 5000 Besuchern im Pariser „Zenith“, der größten innerstädtischen Veranstaltungshalle. Kein Zuseher protestierte, niemand verließ den Saal. Dieudonné füllte den Zenith mehrfach, er absolviert auch regelmäßig gut besuchte Tourneen in der französischen Provinz und anderen frankophonen Ländern. Stellenweise verweigerten Kommunen ihre Säle Dieudonné. Der sozialistische Pariser Bürgermeister, Bertrand Delanoë, kündigte ein Hausverbot für Dieudonné im „Zenith“ an.

Es ist aber klar, dass Dieudonné ungebrochen über beträchtliche Beliebtheit vor allem in den Vororten verfügt, bei Muslimen aus Nord- und Schwarzafrika, bei Jugendlichen aus Familien, die aus den französischen Karibikinseln stammen. Ein Teil der Muslime und Franko-Araber sind über seine pausenlosen Tiraden gegen Israel (seine jüngsten Auftritte enden mit einem Song, in dem ein palästinensischer Kamikaze gefeiert wird) begeistert, ein Teil der schwarzen Franzosen sehen in ihm ein Opfer weißer Diskriminierung. Vor allem aber bestärkt Dieudonné die in Migrantenvierteln zirkulierende Vorstellung, die man als „antijüdische Weltanschauung“ bezeichnen könnte. Darin werden „die Juden“ als allmächtiger Herrschaftsklan dargestellt und für die soziale Ausgrenzungen verantwortlich gemacht, die junge Franko-Araber und Franko-Afrikaner in der französischen Gesellschaft erleiden. Dementsprechend erklärte Dieudonné bei einer Pressekonferenz zu Beginn seiner EU-Wahlkampagne, „das zionistische System“ sei auch in Frankreich an der Macht, wogegen sich der Aufstand der „Sklaven“ richten werde – also fast wortwörtlich die Hirngespinnste, die Youssouf Fofana von sich gibt.

Neben Dieudonné wurde diese „anti-zionistische Liste“ von Alain Soral geleitet, einem Wortführer der so genannten „rotbraunen“ Strömung, die in Frankreich bisher zwar keine Relevanz erlangte, aber als ideologischer Partner im moslemischen Fundamentalistenmilieu willkommen ist. Soral, ursprünglich KP-Mitglied, war zur „Front national“ (FN) von Le Pen übergewechselt. Dort

war er sogar ins Zentralkomitee aufgerückt und hatte eine Linie vertreten, die darauf abzielte, die moslemischen Jugendlichen in den Vorstädten durch eine antijüdische Stoßrichtung für die Rechtsaußenpartei zu gewinnen. Le Pens Tochter und voraussichtliche Nachfolgerin an der Parteispitze, Marine Le Pen, die ansatzweise um eine Mäßigung der FN bemüht ist und die gelegentlichen antijüdischen Anspielungen ihres Vaters halblaut missbilligt, hatte Soral aber parteiintern vor den EU-Wahlen kalt stellen lassen. Soral verließ daraufhin die FN in der Meinung, diese sei „zu judenfreundlich“. Der FN-Führer Le Pen beglückwünschte allerdings seinen „Freund Dieudonné“ zu seiner Kandidatur, der er „ein gutes Abschneiden in den Vororten“ prophezeite.

Insgesamt kandidierten auf Dieudonnés Liste ein Sammelsurium von Wirkköpfen, die eben nur der Judenhass eint. Darunter der Führer einer winzigen schiitischen Fundamentalistengruppe, die vom iranischen Regime unterstützt wird, und der auf Startpressekonferenz der anti-zionistischen Wahlliste „die französischen Christen“ aufrief: „Erwacht. Eure Situation in Frankreich ist die der Palästinenser in Israel“. Am Bord dieses Narrenschiffs befanden sich obendrein ein katholischer Fundamentalist, ein serbischer Nationalist und sogar eine Art Druide, der sich bei der Pressekonferenz als „bretonischer Krieger“ präsentierte und die anwesenden Journalisten warnte: „Die Gangster, die die Welt beherrschen, haben durch die Verbreitung einer falschen Grippe einen bakteriologischen Krieg eröffnet.“

Aber die Lächerlichkeit dieses Haufens, der nur von wenigen französischen Qualitätsmedien detailliert dargestellt wurde, tangierte bisher kaum den Ruf von Dieudonné als vorgebliches gesellschaftskritisches Reibeisen und provokante Kultfigur, den er bei Teilen des vorstädtischen Jugendmilieus genießt.

Natürlich stellte Dieudonné rein wahlarithmetisch keine ernst zu nehmende Kraft dar. Die von ihm bereits bei den EU-Wahlen 2004 mitgetragene Liste „*Euro-Palestine*“ kam damals im Großraum um Paris insgesamt nur auf 1,97 Prozent der Stimmen, konnte allerdings in einigen vorstädtischen Wahlkreisen bis auf über 10 Prozent klettern. Aber wenige Monate nach der Wahl gingen sogar die übrigen Führungspersonlichkeiten von „*Euro-Palestine*“ auf Distanz zu Dieudonné, nachdem sich dieser in unverblümter Weise rechtsradikalen Antisemiten angebedert hatte.

Die Gefahr, die von Dieudonné ausgeht, lag auch bei den jetzigen Wahlen weniger im Bereich der zu erwartenden Ergebnisse seiner „antizionistischen Liste“, sondern in der unterschweligen Legitimierung und Anstachelung der Gewaltakte gegen Juden in städtischen Randvierteln.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Artikels hatte Dieudonné bereits mit einer Bustour in den sozial am meisten abgeschlagenen Vororten, und namentlich in jenen Gegenden begonnen, wo jüdische Gemeinschaften noch präsent sind. Seine ersten Auftritte auf Freiluftmärkten wurden von jungen Moslems stellenweise mit Begeisterung quittiert. Seine Aktivisten verteilten Flugblätter, die „Massenentlassungen, Abbau des öffentlichen Diensts, Weltfinanz, Nato und zionistische Mafia“ in einem Zug geißelten. Ein franko-arabischer Händler übersetzte: „Endlich jemand der sich traut, etwas gegen die Juden zu unternehmen“. Darüber hinaus erlangte Dieudonné als registrierter Kandidat kostenlose Sendezeit für Wahlwerbung in den wichtigsten TV-Sendern.

Nicolas Sarkozy versuchte gegenzusteuern und ertete Misstrauen

Im Vorfeld der Kandidatur von Dieudonné hatte der Generalsekretär des französischen Präsidentenamts und wichtigste Mitarbeiter von Nicolas Sarkozy, Claude Guéant, vor einer „absolut skandalösen, antisemitischen Initiative“ gewarnt. Im Interview mit einem jüdischen Radiosender hatte Guéant ein Verbot dieser Kandidatur erwogen, die rechtlichen Möglichkeiten dafür aber als gering eingestuft.

Diese Erklärung hatte vorwiegend negative Reaktionen ausgelöst. Die meisten Politiker der SP- und Zentrumsopposition verurteilten zwar in allgemeiner Weise Dieudonné, ereiferten sich aber über einen vorgeblichen „Trick“ von Sarkozy: Der bürgerliche Staatschef würde Dieudonné durch diese Erklärung erst recht aufwerten, und sowohl das Stimmenpotential der Opposition aufsplintern als auch „die jüdische Wählerschaft“ an sich binden wollen. Tatsächlich jubelte Dieudonné über diese angebliche „Wahlhilfe“ durch die Reaktion aus dem Umkreis des Staatschefs.

Damit offenbarte sich neuerlich das Dilemma, das seit Amtsantritt von Präsident Sarkozy, 2007, etliche Franzosen verspüren, die in Sachen Judenhass besonders hellhörig sind. Im Grunde war die besorgte Reaktion aus dem Umkreis von Sarkozy auf den Vorstoß von Dieudonné völlig richtig: dass der geschickte Demagoge Dieudonné via TV-Einschaltungen ein Millionenpublikum erreichte, erschien nicht nur Sarkozy als unerträglich. Schon allein die Zielvorgabe dieser Kandidatur, der „Anti-Zionismus in Frankreich“, den die Kandidaten wiederholt als Kampf gegen ein „in Frankreich herrschendes System der Ungleichheit“ definiert hatten, entsprach dem Tatbestand der Verhetzung gegen die Juden.

Sarkozy hatte stets, auch noch bevor er Präsident wurde, etwa als Innenminister, auf antijüdische Drohungen mit besonderer Entschlossenheit

reagiert – was nicht heißen soll, dass die übrigen französischen Spitzenpolitiker weniger deutlich auf Gewaltakte gegen Juden reagiert hätten. So prägte sein Vorgänger, Jacques Chirac, den Spruch: „Wer einen Juden angreift, greift Frankreich an“.

Aber manchmal vermittelt Sarkozy eine ganz persönliche Nähe zur jüdischen Schicksalsgemeinschaft. Zumindest wird das so von einem Teil der Juden empfunden und von Judenhassern auch so registriert, während die breitere französische Öffentlichkeit diesem Aspekt bisher kaum Aufmerksamkeit schenkte.

Sarkozy ist praktizierender Katholik, er hat sich aber mehrmals spontan zu seinen jüdischen Vorfahren bekannt, ihr Schicksal hat ihn sichtlich geprägt (der Vater stammte aus einer protestantischen Adels-Familie aus Ungarn, von denen sich Teile vermutlich auf Seiten der ungarischen Faschisten engagiert hatten. Ein Großvater, mütterlicherseits, kam hingegen aus einer jüdischen Familie aus Griechenland, die von den Nazis fast vollständig ausgelöscht wurde. In Frankreich konvertierte dieser Großvater zum Katholizismus).

Ansatzweise verbreitet sich doch die Vorstellung eines problematischen Naheverhältnisses zwischen dem bürgerlichen Hardliner Sarkozy und der institutionellen Führung der jüdischen Minderheit – auch wenn zahllose Persönlichkeiten und Aktivisten mit jüdischem Hintergrund in den Reihen der linken Oppositionskräfte wirken. Vor allem aber besteht die Gefahr, dass auch die richtigen und notwendigen Reaktionen auf antijüdische Hetze von Oppositionsbewegungen misstrauisch betrachtet oder sogar rundweg verworfen werden, nur weil sie von Sarkozy ausgehen.